



CDU Kreisverband Dresden · Rähnitzgasse 10 · 01097 Dresden

An
Professor Hartmut Haenchen

- per eMail -

Dresden, dem 25. März 2007

CDU-Mitgliedschaft

Sehr geehrter Herr Professor Haenchen,

mit großem Respekt vor Ihrem Lebenswerk und Ihrer Arbeit - nicht nur als Intendant der Dresdner Musikfestspiele – schreibe ich Ihnen diesen Brief. Mit Überraschung habe ich Ihre Ankündigung aus der CDU auszutreten, zur Kenntnis genommen. Auch wenn mir Ihr Originalschreiben bis jetzt noch nicht vorliegt, so konnte ich den Wortlaut in den DNN von gestern lesen und ich wurde von den Medien am Freitag bereits entsprechend angerufen.

Da Sie offensichtlich den direkten Weg in die Medien gesucht haben, ohne zuvor das Gespräch mit der CDU oder mir zu suchen, möchte ich Ihnen auch mit einem öffentlichen Brief antworten. Dies ist eigentlich nicht mein Stil, da dies aus meiner Sicht kein sinnvoller Weg ist, um Probleme zu lösen. Schwierige Situationen bespricht man besser erst einmal direkt miteinander, um später mit dem Ergebnis an die Öffentlichkeit zu gehen. Wozu eine öffentliche Debatte führen kann, sehen wir am Dresdner Brückenstreit. Beide Seiten fundamentieren Ihre Positionen und ein Kompromiss wird unmöglich.

Nun aber zu Ihrem Schreiben: Sie schreiben, der Brief von Arnold Vaatz sei „die Spitze der Arroganz, die den wirklichen Diskurs scheut.“ Das ist ein sehr hartes Urteil. Ich halte es für nicht zutreffend. Arnold Vaatz geht es darum festzustellen, daß der Diskurs seit bereits 13 Jahren geführt wird und dass er durch eine demokratische Entscheidung sein Ende gefunden hat. Jeder konnte sich in den Diskurs einbringen. Wir haben auch innerparteilich um unsere Position gerungen. Hier wäre die Gelegenheit gewesen, sich zu positionieren und um Mehrheiten zu ringen. Leider haben Sie diese Gelegenheit bisher nicht genutzt. Seit Juni 2005 bin ich Vorsitzender der Dresdner Union, bei keiner Veranstaltung habe ich Sie begrüßen können, kein Schreiben von Ihnen hat mich erreicht, auch kein Telefonanruf, keine eMail. Schade, eigentlich, sind dies doch Wege in einer Streitkultur. Und genau dies kritisiert Arnold Vaatz in seinem Schreiben.

Hier bitte ich um Verständnis. Nachdem wir uns innerparteilich festgelegt hatten, den Brückenschlag zu unterstützen, haben viele Mitglieder Plakate geklebt, an Ständen und bei Veranstaltungen diskutiert und sich so für ihre Heimatstadt eingesetzt. Eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Dresdnerinnen und Dresdner hat ihnen zugestimmt. Die Antwort der Brückengegner war, bei der UNESCO gegen deren ursprüngliche Zustimmung zur Brücke zu insistieren und anschließend mit rechtswidrigen Ratsbeschlüssen die Mehrheitsentscheidung der Bürger zu torpedieren. Immer neue Rechtsstreite werden angestrengt, nur um die Mehrheitsentscheidung nicht akzeptieren zu müssen. Viele Mitglieder der Union und auch viele Dresdner Bürger verstehen das nicht mehr. Sie beginnen, an der Demokratie zu zweifeln, wenn sie erleben, wie linke Stadtratsfraktionen den Bürgerentscheid hintergehen und manche Medien die Bürger und ihre Meinung beschimpfen. Wenn etwa die „Zeit“ von der „Fratze der Unvernunft“ schreibt, dann ist für mich eine sachliche Grenze deutlich überschritten. In diesem Kontext bitte ich die Äußerungen aus unserer Partei zu verstehen, die gleichfalls pointiert Stellung beziehen. Man kann die Äußerungen von Arnold Vaatz und anderen nicht losgelöst von dem betrachten, was in der vergangenen Zeit von der Gegenseite an Spott, Häme und auch Aggression verbreitet wurde. Ich bedaure, daß die Streitkultur so verhärtet ist; aber ich stelle fest, daß es nicht die Brückenbefürworter waren, die dafür die Verantwortung tragen.

In der Öffentlichkeit werden Statements abgegeben, es werden Demonstrationen organisiert und überall wird abwertend über die Entscheidung der Bürger gesprochen, die in einem Akt der direkten Demokratie – dies gehört bekanntlich auch zur demokratischen Kultur dazu – klar und deutlich entschieden haben, dass diese Brücke gebaut werden soll. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Bautzen hat nichts anderes getan, als dies noch einmal zu bestätigen und deutlich zu machen, dass diese Brücke nun auch gebaut werden muss, weil es die Dresdner Bevölkerung so – und nicht anders - entschieden hat.

Sie schreiben weiter, Arnold Vaatz sollte sich als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „nicht in der Beschimpfung von Bürgern üben, sondern in der Suche nach Lösungen.“ Zunächst: welche Lösung schlagen Sie vor? Und weiter: Diese Suche hat stattgefunden: im Planfeststellungsverfahren und in der Vorbereitung des Bürgerentscheids. Erinnern Sie sich, wie viele Diskussionen, Workshops, Planungen es gegeben hat bis zum Bürgerentscheid? Zuletzt hat das OVG in einem ungewöhnlichen Verfahren, eine Mediation angestrengt, auch da haben die Brückengegner nicht eingelenkt. Also: Wie lange sollen wir denn noch nach Lösungen und Kompromissen suchen, wo es keine gibt?

Die Brücke wird gebaut, dies hat die Dresdner Bürgerschaft entschieden und Gerichte haben es bestätigt. Das OVG sagt in seiner Beschlussbegründung: „Da Bürgerentscheiden (...) als Akten der unmittelbaren Demokratie und der bürgerschaftlichen Teilhabe an den Entscheidungen über Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft (...) nach der sächsischen Gemeindeordnung ein besonderes Gewicht zukommt, ist ein Leerlaufen der dreijährigen Sperr- und Bindungswirkung von Bürgerentscheiden zu verhindern.“ Weiterhin geht das Gericht auf den Konflikt zwischen der unmittelbarer Demokratie und dem Völkervertragsrecht ein. Das OVG

sagt: „In dieser Konfliktsituation gebührt dem auf kommunaler Ebene zu verwirklichenden Demokratieprinzip (...) der Vorrang.“ Das Gericht führt weiter aus: „Gerade vor dem Hintergrund der in der Präambel der Sächsischen Verfassung angesprochenen leidvollen Erfahrungen während der nationalsozialistischen und kommunistischen Gewaltherrschaft, die den Bürger nicht als demokratisch Regierenden, sondern als autoritär Regierten behandelt hat, kommt dem demokratischen Mitwirkungsrecht entscheidende Bedeutung für die nunmehr verfasste demokratische Rechtsordnung zu.“ Deshalb wird eine Verfassungsbeschwerde keinen Erfolg haben, außer dass Zeit geschunden werden soll. Der letzte Satz des OVG-Beschlusses ist: „Dieser Beschluss ist unanfechtbar.“

Dies bedeutet es kann keinen Kompromiss mehr geben. Diese Möglichkeit zum Kompromiss ist definitiv vorbei, die Brücke muss gebaut werden. Aber was wir tun können, ist, gemeinsam für den Erhalt des Welterbestatus für Dresden bei der UNESCO zu kämpfen. Dazu sollten wir der UNESCO Angebote zum Ausgleich machen, doch zuvor muss die UNESCO dazu auch gesprächsbereit sein. Die Dresdner CDU will in jedem Fall weiterhin die Brücke und das Welterbe.

Sehr geehrter Herr Professor Haenchen,

ich habe dies deshalb so umfangreich ausgeführt, da ich das Schreiben von Arnold Vaatz gut verstehen kann. Ich muss seine Äußerung auch nicht bewerten, aber Herr Haenchen, Ihr Eifer ist nicht hilfreich. Arnold Vaatz hat seine Meinung geäußert, steigen Sie doch nun in den Diskurs ein. Und deshalb möchte ich Sie einladen, den Diskurs in der CDU zu suchen und weiterhin Mitglied in der CDU zu sein, um innerhalb unserer Partei mit Herz und Verstand für Ihre Position zu streiten. Durch einen Austritt erreichen Sie allerdings nicht mehr als eine Zeitungsmeldung für einen Tag.

Für ein Gespräch stehe ich selbstverständlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Lars Rohwer MdL

(Vorsitzender CDU Dresden)